haben. Viel zu sehr haben sich die Regierenden darauf verlassen, daß sie mit Wachstum allein die Wende auf dem Arbeitsmarkt schaffen.

Niemand dürfe damit rechnen, schrieben jetzt erst wieder die Nürnberger Arbeitsmarktwissenschaftler, daß sich bei einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessere. Bei entsprechender Zunahme der Produktivität der Arbeit „geht ein solches Wachstum des Sozialprodukts nicht viel über das hinaus, was beschäftigungsneutral ist".

In internen Gesprächen warnt inzwischen selbst Wirtschaftslaie Hans-Dietrich Genscher den Kanzler davor, daß auch dieses Wachstum in Gefahr ist, daß mithin die derzeitige Arbeitslosenzahl nicht einmal zu halten ist.

Die nächste Bundestagswahl, so erkannte der Außenminister, liege wegen der Verschiebung des Wahltermins anders als sonst in der Mitte der amerikanischen Legislaturperiode. Früher habe die Bundesrepublik stets davon profitiert, daß vor Präsidentenwahlen die amerikanische Konjunktur massiv gestützt worden sei.

Genschers Furcht: Ein Durchhängen der US-Konjunktur just 1987 könnte dem deutschen Arbeitsmarkt den wahlentscheidenden Schlag versetzen. Kohl, so das Resümee des Freidemokraten, müßte deshalb vorsorgen und die Binnenkonjunktur ankurbeln.

Genscher und die FDP knüpfen an diese Analyse die Forderung, die Steuerreform nicht in zwei Etappen, 1986 und 1988, sondern in einer, 1986, zu verwirklichen.

Kohl klopfte zwar vorige Woche noch einmal die von der Koalition beschlossene Zweistufen-Lösung fest; noch steht der Kanzler zu seinem Finanzminister, dessen oberste Ziele, Haushaltssanierung und Preisstabilität, er nicht gefährden will.

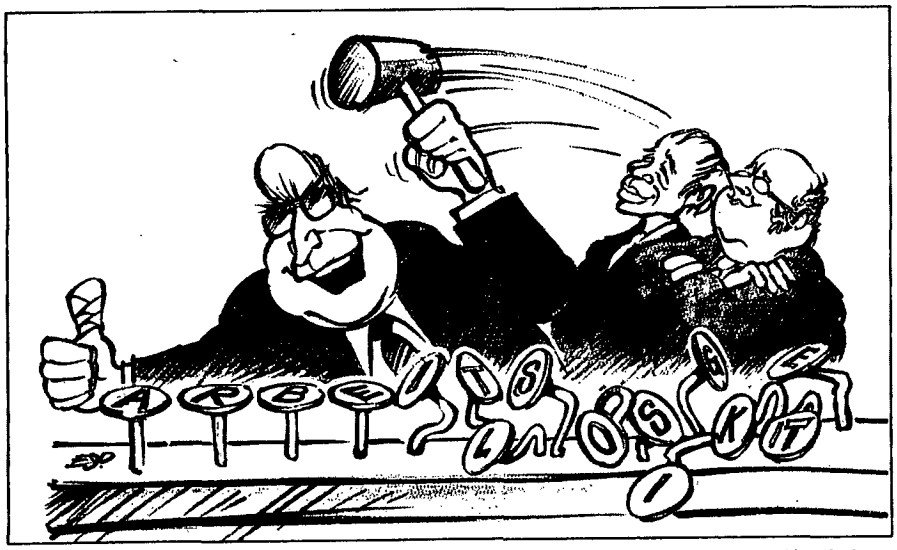
Doch spätestens im Herbst, da sind sich die Freidemokraten sicher, wird sich Helmut Kohl eines anderen besinnen. Auch wenn es äußerst zweifelhaft erscheint, ob die geballte Steuerentlastung im nächsten Jahr wirklich den nötigen Schub bringt, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu drücken: Der Kanzler steht unter dem Zwang, dem Parteivolk und den Wählern wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Dies gilt um so mehr, als er für die beiden anderen großen Bevölkerungsgruppen, die seine Partei in NRW im Stich ließen, wenig tun kann: Die Bauern wie die Rentner können nicht auf zusätzliche Bonner Subsidien rechnen.

Mit einem Steuergeschenk, das vor allem die Großbauern in Stoltenbergs norddeutscher Heimat päppelt, hat der Finanzminister schon im vorigen Jahr den Finanzrahmen fürs Landvolk gesprengt. In den drei Jahren bis 1987 kostet Stoltenbergs Steuernachlaß zusammen mit weiteren, auch bereits verbrieften Sozialleistungen weit über zehn Milliarden Mark mehr als die zweite Stufe der Steuerreform. Mehr ist nicht drin.

Auch die Rentenversicherung hat kein Geld für Wohltaten. Trotz Beitragserhöhung und Rentenkürzung muß sie im Herbst schon wieder Geld borgen, um die laufenden Altersbezüge auszahlen zu können. Im nächsten Jahr werden die Renten netto um 2,25 Prozent steigen – bei einer prognostizierten Inflationsrate von 2,5 Prozent. Die Rentner legen auch 1986 drauf.

Wenn also für die Bauern und die Rentner nicht mehr drin ist, sollen wenigstens die Steuerzahler bedient werden. Der kleine Koalitionspartner will sich zurückhalten, wenn Helmut Kohl seinen Finanzminister in einigen Monaten zum Einlenken zwingt. FDP-General Haussmann: „Wir triumphieren dann nicht, sondern sagen nur: richtig."



Abendzeitung

„Wir machen Nägel mit Köpfen"

GRÜNE

Gespenst gesichtet

Die Gruppe der „Realpolitiker" bei den Grünen fordert nach dem Wahldebakel in NRW eine Kurskorrektur: klare Koalitionsaussagen zugunsten der SPD.

Im Saal 118 S des Hessischen Landtags eröffnete Heinz Suhr, Bundestagsabgeordneter der Grünen, ein Treffen des parteiinternen „Initiativkreises konstruktive Politik – Grüner Sonntag" mit der Frage: „Wer möchte den ersten Rundumschlag zur NRW-Wahl führen?"

Das wollten, am Donnerstag letzter Woche in Wiesbaden, fast alle vierzig Anwesenden, darunter die grünen Vorzeigepolitiker Otto Schily und Joschka Fischer, Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde und Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die schwersten Treffer bekamen zwei Mitglieder des Bundesvorstands ab, die zwar eingeladen, aber in Urlaub gefahren waren: Rainer Trampert und Jutta Ditfurth, die wohl prominentesten Vertreter der „Ökosozialisten" und der „Fundamentalisten", die sich Koalitionen mit der SPD beharrlich widersetzen und den Grünen das Image einer Verweigerer-Partei eingebrockt haben. „Es täte mir nicht leid", so ein Redner in Wiesbaden, „wenn die jetzt den Bach runtergingen."

Dem Zorn auf die SPD-Gegner in der Parteiführung, denen die Versammlung Mitschuld an dem 4,6-Prozent-Debakel an Rhein und Ruhr anlastete, folgten nüchterne Analysen: Daß die Partei mit dem Motto „Ökologisch, sozial" ausgerechnet im Bundesland mit den größten ökologischen und sozialen Problemen binnen acht Monaten mehr als ein Drittel ihrer Wähler verloren hat, sei, befand Schily, ein ebenso „dramatisches Alarmsignal" wie die 2,5-Prozent-Niederlage bei der Saar-Wahl im März.

In der Tat stecken die Grünen, die bis vor einem halben Jahr von Erfolg zu Erfolg gestürmt waren, in der schwersten Krise seit ihrer Gründung 1980. „Die Grünen als Hoffnungsträger, die quasi automatisch gewählt werden", sagt Parteisprecher Lukas Beckmann, „das ist passé."

Zur Debatte steht nun, ob die Alternativen sich von einer Wahlvereinigung zur Partei entwickeln – oder ob sie zu einer Politsekte verkommen und ihre Anwesenheit im Bundestag eine historische Episode bleibt. „Wenn wir in NRW keine fünf Prozent schaffen", weiß Ex-MdB Fischer, „kommen wir 1987 nicht wieder in den Bundestag."

Daß der grüne Boom erst mal zu Ende ist, führen Parteistrategen auf eine Fülle von Faktoren zurück. Parteibeschlüsse – zum Thema Sex mit Kindern – und der Brief grüner Bundestagsabgeordneter an inhaftierte RAF-Mitglieder hätten der

Partei ebenso geschadet wie ihr diffuses Erscheinungsbild. Für die NRW-Wähler, räumt ein Spitzen-Grüner ein, sei „nicht erkennbar gewesen, welche Politik wir wie umsetzen wollen".

Vernichtend äußerten sich letzte Woche in einem Rundschreiben auch die grünen NRW-Geschäftsführer Martin Pannen und Thomas Hof über den inneren Zustand ihrer Partei: „Aktivisten-Diktatur" und „fast unerträgliche Basis- und Gremienborniertheit" hätten die Entwicklung einer konsensfähigen Politik fast unmöglich gemacht.

Aber auch das Umfeld der Grünen hat sich seit der Gründungszeit gewandelt. Die Bewegungsimpulse aus der außerparlamentarischen Protestszene sind schwächer geworden, und die Anziehungskraft, die der Neuling auf viele ausübte, nur weil er anders war, hat sich längst abgenutzt. Zugleich aber hat die SPD, wie das grüne Ex-MdB Hubert Kleinert zugibt, bundesweit „ihre Oppositionsfähigkeit wiedererlangt".

Geschadet hat den Ökopaxen vor allem, daß sie bislang in allen Bundesländern vor einer Regierungsbeteiligung zurückgeschreckt sind: Nie sind die Grünen mit einer klaren Koalitionsaussage in einen Wahlkampf gezogen, nirgendwo haben sie den in Umfragen ermittelten Willen von rund achtzig Prozent ihrer Wähler umgesetzt und sich auf ein Bündnis mit der SPD eingelassen.

Doch das soll sich drastisch ändern. Die Realpolitiker, die in der Mitgliederschaft, aber nicht auf der Funktionärsebene die Mehrheit stellen, fordern eine „Reform an Haupt und Gliedern" (Schily). Auf dem Bundesparteitag Ende Juni in Hagen soll erstmals eine Programmkommission gewählt werden, die den viele tausend Seiten umfassenden Wust grüner Positionspapiere zu einem „überschaubaren und verständlichen Wahlkampfprogramm für 1987" (Suhr) komprimieren soll. Eine „Strukturdebatte" soll endlich klären, ob die Mitglieder bereit sind, ihre Partei weiterzuentwikkeln – mit Berufsfunktionären und Strategiekommissionen, ohne Rotation und allzu starre Basisanbindung.

Überdenken muß ein Teil der Grünen die „negative Haltung" zur Parlamentsarbeit, die Schily ihnen anlastet: Wer sich nach außerparlamentarischem Dasein zurücksehne, dürfe sich, sagt der Abgeordnete, nicht wundern, wenn der Wähler ihn ins Abseits befördere.

Seit der NRW-Niederlage finden solche Appelle verstärkt Resonanz. Mit klaren Aussagen zur Bündnisfrage wollen die Grünen versuchen, das Image der „Antipartei" loszuwerden, unter dem sie seit ihrem Einzug in westdeutsche Parlamente leiden:

- ▷ In Hessen will die grüne Landtagsfraktion am 8. Juni ein Votum der Mitgliederversammlung für „eine personelle Beteiligung" an der Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Holger Börner einholen.

Realpolitiker Beckmann

Fundamentalistin Jutta Ditfurth

Ökosozialist Trampert

Grünen-Bundesvorsitzende
„Strömungsübergreifender Ansatz"

- ▷ In Niedersachsen steuern die Grünen 1986 ein Bündnis mit dem SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder an, um den CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht abzulösen.
- ▷ Die bundesweite Programmdiskussion, fordert Grünen-Sprecher Beckmann, müsse auf die Bundestagswahl 1987 und „auf eine inhaltlich gebundene Koalitionsaussage" zugunsten der SPD zielen.

In Hessen räumte bereits letzte Woche eine mit SPD- und Grünen-Vertretern besetzte achtköpfige Atomkommission Hindernisse für die Bildung einer ersten rot-grünen Landesregierung in der Geschichte der Bundesrepublik aus.

Die Experten sprachen sich gegen eine weitere Verarbeitung von Plutonium in Hessen aus und befanden, daß die beantragte Erweiterung der Hanauer Plutoniumfirma Alkem aus verfassungsrechtlichen und sicherheitstechnischen Gründen „nicht entscheidungsreif" sei – ein Kompromiß, der für SPD wie Grüne gleichermaßen annehmbar ist.

Beide Parteien beurteilten die Aussagen der Atomkommission positiv. Die Alternativen sprachen von einer „fundierten Grundlage" für einen Ausstieg aus der Atomenergie, der SPD-Landesvorstand nannte das Ergebnis, fast wortgleich, eine „geeignete Grundlage" für Gespräche über eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den Grünen.

Strittig sind allerdings noch die Details der Kooperation. Während grüne Landtagsabgeordnete darauf pochen, „daß wir am Kabinettstisch mitentscheiden", möchte Börner die Mehrheitsbeschaffer lieber tiefer ansiedeln: Grüne Fachleute sollten in wichtigen Funktionen unterhalb der Ministerebene die Verwaltung kontrollieren.

Ein förmliches Koalitionsangebot der Grünen auszuschlagen dürfte Börner allerdings schwerfallen. Einerseits hat die hessische SPD den Alternativen deren Weigerung, Verantwortung zu übernehmen, als „Politikunfähigkeit" angelastet. Andererseits müssen die hessischen Sozialdemokraten auch die Interessen ihres niedersächsischen Schwesterverbandes berücksichtigen.

Ohne die Grünen, das ist dem hannoverschen SPD-Spitzenmann Schröder klar, können die Sozialdemokraten 1986 kaum die Albrecht-Regierung kippen und damit auch nicht die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat.

In Niedersachsen propagieren grüne „Realos" seit längerem ein Bündnis mit Schröder. Bereits im letzten September riet der Landtagsabgeordnete Helmut Lippelt in einem internen Strategiepapier zum „Nachdenken über grüne Minister". Und „spätestens seit NRW" registriert er einen „wachsenden Konsens": „Es ist allmählich in die Köpfe reingesikkert, daß wir im Falle von Albrechts Sturz in breitangelegte Verhandlungen mit der SPD gehen müssen."

Ob die „Realos" in Niedersachsen und Hessen sowie auf Bundesebene die innerparteiliche Wende durchsetzen können, hängt allerdings auch davon ab, ob sich Fundamentalisten und Ökosozialisten einbinden lassen. In Wiesbaden bezweifelten Versammlungsteilnehmer, „ob die unseren Kurs mittragen" – das „Gespenst von der Spaltung der Partei" wurde gesichtet.

Eine „Kurskorrektur durch das Schwert", so schätzt auch Beckmann die Lage ein, würde „zum Verlust weiter Teile der Basis führen". Verhindern könne solches Unheil nur eine „neue grüne Mitte", die Fundamentalisten und Realpolitiker zusammenführt und nicht ideologisch fixiert ist, sondern von einem „strömungsübergreifenden Ansatz" ausgeht. Um die neue Mitte zu stärken, müßten, fordert Beckmann, allerdings „auch Leute wie Fischer und Schily mal zurückstecken".